
BD / Motion Gschwend-Altstätten (6 Mitunterzeichnende) vom 26. April 2011

Keine Atomkraftwerke mit St.Galler Beteiligung

Antrag der Regierung vom 16. August 2011

Nichteintreten.

Begründung:

Der Bundesrat hat nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima in diesem Frühjahr einen geordneten schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Die Regierung unterstützt grundsätzlich diesen Entscheid des Bundesrates. Dementsprechend ist sie entschlossen, im Kanton St.Gallen die Energieeffizienz und die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie mit Nachdruck weiter zu erhöhen und dadurch einen Beitrag zur künftigen Versorgungssicherheit zu leisten. Konkret soll zum einen das kantonale Energiekonzept mit einem Bericht zur künftigen Strompolitik zusammen mit konkreten Umsetzungsmassnahmen ergänzt werden. Zum anderen soll das bereits bestehende Förderungsprogramm Energie 2008-2012 punktuell ergänzt und das ab dem Jahr 2013 geplante neue Förderungsprogramm gezielt ausgebaut werden.

Im Gegensatz zur verstärkten Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbarer Energien lehnt die Regierung das in der Motion geforderte Beteiligungsverbot ab. Sie erachtet das für alle im Kanton tätigen Energieversorger geforderte Verbot, sich an Unternehmen zu beteiligen, die Atomkraftwerke bauen, betreiben oder mit Atomstrom handeln, als unverhältnismässig und mit der in der Bundesverfassung verankerten Wirtschaftsfreiheit als unvereinbar. Ein solches Verbot hätte aber nicht zuletzt auch einen raschen ungeordneten Atomausstieg zur Folge, welchen die Regierung im Hinblick auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit als unverantwortlich erachtet.